

Marxer: «Tendenz geht in Richtung mehr statt weniger Transparenz»

Interview Es ist verständlich, dass ein Wähler wissen will, ob Politiker seine Interessen vertreten. Zu viel Transparenz kann aber auch Nachteile haben. Politologe Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut erläutert das Spannungsfeld im Gespräch.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Die Forderung nach Transparenz vernahm man im Wahlkampf des Öfteren. Die Opposition fordert diese ein, die Grossparteien geben an, danach zu handeln. Aber wie viel Transparenz braucht es in der Politik?

Wilfried Marxer: Da gibt es keinen fixen Standard und bei verschiedenen Entscheidungsgremien - etwa exekutive, legislative oder judikative Funktionen - ist dies zudem unterschiedlich zu beurteilen. Transparenz kann sich auf verschiedene Bereiche beziehen, etwa Transparenz in der Parteienfinanzierung, bei Personal- oder Sachentscheidungen von Staatsorganen, bei innerparteilichen Vorgängen oder der Kommunikation zwischen verschiedenen Staatsorganen, um ein paar Beispiele zu nennen.

Was spricht für mehr Transparenz und welche Themen sollten auf jeden Fall öffentlich sein?

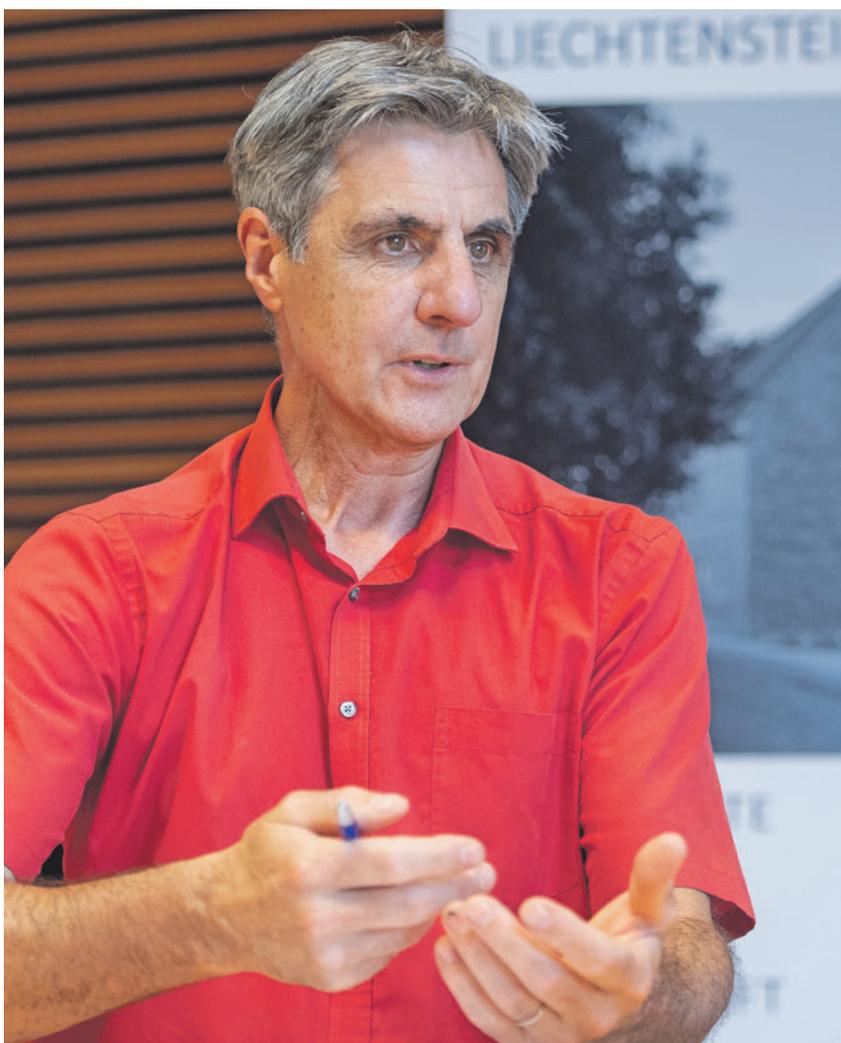
Transparenz soll beispielsweise Korruption und ungebührliche politische Einflussnahme verhindern, Beschlüsse nachvollziehbar machen, bei Stellenbesetzungen Vetternwirtschaft verhindern, bei Auftragsvergaben das beste Angebot berücksichtigen. Entscheidungen sollen also objektiv begründbar und öffentlich nachvollziehbar sein, statt eine bestimmte Klientel zu bedienen. Das spricht für Offenlegung und Transparenz, allerdings nicht in allen Fällen.

Wo liegen also die Grenzen bei der Forderung nach Transparenz?

Ich möchte zwei Punkte hervorheben. Einerseits braucht es in der Politik wie auch in der Wirtschaft und anderen Sektoren manchmal einen diskreten Rahmen, in welchem diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt werden können. Gerade in der Politik sind häufig Kompromisse zwischen verschiedenen Parteien und weiteren Akteuren erforderlich, die mitunter einfacher zu erreichen sind, wenn sie etwas abseits der Öffentlichkeit ausgehandelt werden. Andererseits kann es sinnvoll sein, dass Beschlüsse, die nicht einstimmig getroffen werden, am Ende kollektiv nach aussen vertreten werden. Dies wird von der liechtensteinischen Regierung erwartet und ist beispielsweise auch beim Schweizer Bundesrat der Fall. Sonst kann es in solchen Organen zu wachsendem Misstrauen führen, was die Zusammenarbeit naturgemäss erheblich erschwert und die Regierungstätigkeit blockieren kann.

Wie transparent ist die liechtensteinische Politik und wo gibt es noch Verbesserungspotenzial?

Von der Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (Greco) wird in der dritten Evaluationsrunde zu Liechtenstein vor allem mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung empfohlen, das heisst klare buchhalterische Erfassung der Unterstützung durch Dritte, Veröffentlichung der entsprechenden Jahresrechnungen und anderes. Das hat im Februar 2019 zu einer Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien geführt, die etwas mehr Transparenz verspricht. Die Parteien müssen nun öffentlich ausweisen, wie hoch die Spenden Privater sind, aber die Identität der Spendenden muss nicht öffentlich gemacht werden. Im politischen Entscheidungsprozess sehen wir unterschiedliche Ni-



Wilfried Marxer sieht Vor- und Nachteile in mehr Transparenz. (Foto: M. Zanghellini)

veaus der Transparenz, etwa öffentliche Landtagssitzungen mit Liveübertragung neben nichtöffentlichen Traktanden, keine Öffentlichkeit bei Kommissionssitzungen oder Sitzungen der Regierung. Gespräche zwischen der Regierung und dem Fürstenhaus sind ebenfalls nicht öffentlich. Gemeinderatssitzungen sind von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht öffentlich, Parteigremien operieren je nach Partei und Anlass geschlossen - zum Beispiel an Klausurtagungen -, teilöffentlich oder ganz öffentlich. Selbst die Piratenpartei in Deutschland musste erkennen, dass volle Transparenz nicht sinnvoll und möglich ist.

Gibt es hier Unterschiede auf Gemeinde- und Landesebene?

Beim Landtag wird im Beschlussprotokoll ausgewiesen, wie viele Personen bei einem Beschluss anwesend waren und wer mit Ja oder Nein gestimmt hat. Da kann man also nachvollziehen, wie sich die Abgeordneten der einzelnen Parteien verhalten haben. Bei der Regierung kennen wir das Abstimmungsverhalten nicht, auch nicht ob eine Entscheidung einstimmig oder mehrheitlich gefällt wurde. Bei den Gemeinderatsbeschlüssen erfahren wir aus den Protokollen meistens, wie viele Personen mit Ja oder Nein gestimmt haben, wobei dies in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich gehandhabt wird. Teilweise wird auch die Parteizugehörigkeit der Ja- und Neinstimmenden protokolliert. Andererseits sind aber nicht alle Traktanden in den Protokollen wiedergegeben. Eine Auswertung des Liechtenstein-Instituts der Protokolle von zwei Gemeinden von 2011 bis 2014 hat ergeben, dass rund 20 Prozent der Traktanden in den öffentlichen Protokollen nicht erwähnt werden. Patricia Schiess hat einmal in einem Vortrag am Liechtenstein-Institut aufgezeigt,

dass der Gemeinderat eine Mischform zwischen Exekutive und Legislative ist. Das ist vielleicht ein Grund, weshalb das Transparenzniveau irgendwo zwischen demjenigen von Landtag und Regierung liegt. Die Gemeinderäte fällen ja auch ganz unterschiedliche Entscheide. Man denke zum Beispiel an die Einstellung von Personal, an den Beschluss über ein Sportzentrum oder den Erlass eines Gebührenreglements.

Der Fall Frank Konrad hat eine Diskussion ausgelöst, ob und warum bestimmte Geschäfte - wie eben Grundstückskäufe - öffentlich gemacht beziehungsweise vertraulich behandelt werden sollen. Wie sehen Sie das?

Vertraulichkeit soll vor allem verhindern, dass Gemeinderäte dem Druck von Einzelinteressen ausgesetzt sind. Sie soll dazu führen, dass innerhalb des Gremiums offener diskutiert werden kann. Vor allem bei Personalentscheiden dient Verschwiegenheit auch dem Schutz von Drittpersonen. Die Dokumentation des Abstimmungsverhaltens bewirkt umgekehrt, dass die Haltungen von Entscheidungsträgern und Parteien für die Wählerschaft nachprüfbar wird. Das kann aber auch dazu führen, dass Sachverhalte eher parteipolitisch ausgeschlachtet werden und Positionen aus parteitaktischen Überlegungen eingenommen werden. Jede Regelung kann also Vor- und Nachteile haben.

In einem kleinen Land wie Liechtenstein - ist Vertraulichkeit da überhaupt möglich oder dringt immer etwas nach aussen?

Es ist nicht nur in Liechtenstein so, dass immer mal wieder etwas an die Öffentlichkeit durchsickert - die Medien leben ja stark davon, dass eine «gut informierte Quelle, die nicht namentlich genannt werden will», irgend-

welche Geheimnisse ausplaudert. Ganz verhindern lässt sich so etwas wohl nicht.

Manche Gemeinden denken auch darüber nach, öffentliche Gemeinderatssitzungen zu veranstalten? Was halten Sie davon?

Das kann man schon machen, aber ich denke nicht, dass das einen grossen Publikumsaufmarsch verursachen wird - abgesehen vielleicht von einigen besonders umstrittenen Traktanden. Allerdings muss man auch bedenken, dass es viele Traktanden gibt, die aus Datenschutzgründen eine Vertraulichkeit verlangen - auf Gemeindeebene sicher mehr als im Landtag. Aber auch dort gibt es nichtöffentliche Sitzungen. Sind Sitzungen zwingend öffentlich durchzuführen, besteht die Gefahr, dass die eigentliche Diskussion nicht mehr anlässlich der Sitzung stattfindet, sondern vorgängig in informellen Zusammenkünften oder bilateral.

Heute finden die Sitzungen meist hinter verschlossenen Türen statt. Aus den Protokollen erfährt der interessierte Leser dann zwar, was in der Sitzung behandelt wurde. In manchen Gemeinden sind die Protokolle aber sehr knapp gehalten - sollte es hier einen einheitlichen Standard geben?

Es gehört zur Gemeindeautonomie, dass jede Gemeinde entsprechende Reglemente eigenständig verabschieden kann. Aber die Gemeinden können sich natürlich untereinander verständigen, um von den Erfahrungen der anderen zu profitieren.

Einige Gemeinden machen zumindest das Abstimmungsverhalten der Parteien öffentlich, andere wiederum nicht. Was werten Sie als die bessere Variante und warum?

Da ja letztlich bei den Gemeindewahlen Stimmzettel von Parteien verwendet werden, ist es hilfreich, wenn die Wählerinnen und Wähler wüssten, wie sich die verschiedenen Parteien bei Entscheidungen verhalten haben. Die Tendenz geht jedenfalls in Richtung mehr statt weniger

«Die Gemeinderäte sind so einem stärkeren öffentlichen Erwartungsdruck ausgesetzt, was aber nicht zwingend zu besseren Entscheidungen führt.»

Transparenz. Viele Beschlüsse werden auf Gemeindeebene allerdings einstimmig getroffen, in der erwähnten Stichprobe waren es 90 bis 95 Prozent.

Ist eine Partei im Gemeinderat nur mit einer Person vertreten, kommt die Nennung des Verhaltens der Partei ohnehin einer Namensnennung gleich.

Der Wähler will wissen, ob die von ihm gewählten Personen auch tatsächlich seine Interessen vertreten. Das würde für mehr Transparenz beim Abstimmungsverhalten sprechen - was aber spricht dagegen, das Abstimmungsverhalten einzelner Gemeinderäte öffentlich zu machen?

Gemeinderäte werden sicher eher persönlich attackiert oder vielleicht auch gelobt, wenn das individuelle Abstimmungsverhalten offengelegt wird. Damit einher geht eine stärkere Polarisierung. Die Mitglieder des Gemeinderates sind so einem stärkeren öffentlichen Erwartungsdruck von verschiedenen Seiten ausgesetzt, was aber nicht zwingend zu besseren Entscheidungen führt. Das Mandat wird ja nebenberuflich ausgeübt und es könnte auch sein, dass Arbeitgeber Druck ausüben. Die Gewählten sollten ihr Mandat frei ausüben können und die Bedingungen so sein, dass dies möglichst uneingeschränkt der Fall ist.

Das Interview wurde schriftlich geführt.